

„Von landwirtschaftlicher Arbeit leben können“

Kirsten Tackmann schaut auf die Landwirtschaft aus Sicht der ostdeutschen Agrargenossenschaften. Im Interview mit der agrarzeitung (az) skizziert sie Möglichkeiten einer künftigen Ausrichtung am Markt.

agrarzeitung: Wie unterscheidet sich Ihre Agrarpolitik von den anderen Oppositionsparteien?

Tackmann: Wir sind grüner als die SPD und sozialer als die Grünen. Wir fühlen uns der Nachhaltigkeit in vier Dimensionen verpflichtet. Landwirtschaft muss ökonomisch funktionieren und unter ökologischen und sozialen Bedingungen stattfinden, das heißt, man muss von landwirtschaftlicher Arbeit leben können. Und sie muss demokratisch verfasst sein. Viele Konflikte bei der Tierhaltung ließen sich lösen, wenn die Menschen mitreden könnten.

Was sind für Sie Bestandsgrößen, die in der Tierhaltung gebraucht werden?



Tackmann: Ich bin gegen die Groß-Klein-Debatte. Es geht nicht um einen Zählappell im Stall, sondern um eine vernünftige Einbettung der Tierproduktion in die Landwirtschaft. Das muss nicht in einem Betrieb sein; ich kann mir das auch in betrieblichen Kooperationen wie Agrargenossenschaften vorstellen.

Eine Anlage muss mit Ver- und Entsorgung ökologisch verträglich sein und im Tierseuchenmaßstab sowohl präventiv funktionieren als auch in einer Bekämpfungssituation. Auf dieser Grundlage bin

ich für klar definierte gesetzliche Obergrenzen bei der Tierzahl je Standort und auch in der Fläche.

Sehen Sie weiteren gesetzlichen Regelungsbedarf in der Tierhaltung?

Tackmann: Ich möchte, dass die Gesetzgebung die Tiergesundheit in den Mittelpunkt stellt. Das ist mehr als Tierschutz. Wir müssen die Forschung finanziell im Agrarhaushalt besser ausstatten und die Tierärzteschaft stärken. Der Tierarzt soll kein Kostenfaktor, sondern ein Betreuungsfaktor sein. Ich glaube, dass sich das betriebswirtschaftlich auszahlt, wenn eine vernünftige Behandlung stattfindet.

Unterstützen Sie die ostdeutschen Agrarminister bei der Ausgestaltung der EU-Agrarreform in Deutschland?

Tackmann: Ja, die Belange der ostdeutschen Landwirtschaft müssen berücksichtigt werden. Agrargenossenschaften dürfen nicht als Großbetriebe betrachtet werden. Wenn diese zum Beispiel 100 Mitglieder haben und 6000 Hektar mit einem sozialen und regionalen Konzept bewirtschaften, finde ich das vollkommen akzeptabel.

Für mich ist es ein Unterschied, ob ein Betrieb in seiner gesamten Breite landwirtschaftlich aufgestellt ist oder ob er nur Marktfrüchte anbaut. Wir sind gegen Kappung und Degression und unterstützen



Foto: Partei

Kirsten Tackmann: „Der Boden kann nicht einem so spekulativen Markt überlassen werden.“

als Kompromiss nur die Gegenrechnung der Lohnkosten.

Wie wichtig sind Ihnen die Direktzahlungen?

Tackmann: Die Direktzahlungen sind berechtigt, wenn sie zielgenau auf ökologische oder soziale Leistungen ausgerichtet sind – sie sind kein Freifahrtsschein. Wir fordern dabei die Debatte um den aktiven Landwirt ein. Mir ist nicht egal, wer den Boden besitzt. Für mich muss Bodeneigentum breit gestreut sein.

Wir unterstützen die ökologischen Vorrangflächen mit der Einschränkung, dass es keine ungenutzten Flächen sein sollen. Ich kann mir vorstellen, den Aufwuchs in der Biogasanlage zu nutzen oder Zwischenfrüchte und Eiweißpflanzen dort anzubauen.

Nach der Bundestagswahl besteht im Koalitionsvertrag die Möglichkeit, die Privatisierung der Agrarflächen in Ostdeutschland neu auszuhandeln. Welcher Weg ist für Sie der richtige?

Tackmann: Wir sind immer schon gegen die Privatisierung. Die noch übrigen Flächen sollten an die Länder übertragen und von denen langfristig verpachtet werden. Der Boden kann nicht einem so spekulativen Markt überlassen werden. Der Erwerb von Boden durch nichtlandwirtschaftliches Kapital sollte unterbunden oder zumindest begrenzt werden.

Welche Lösungsansätze haben Sie für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, kurz EEG?

Tackmann: Ich möchte, dass die Landwirtschaft Teil der Energiewende ist. Beim Biogas sollte ein Maisdeckel von 30 Prozent eingezogen werden. Der Maisanbau muss in die Fruchtfolge eines Betriebs eingebunden werden. Zu fördern sind Alternativkulturen. Das Gespräch führte Stefanie Awater-Esper

Zur Person

Kirsten Tackmann will zum dritten Mal in Folge als Abgeordnete der Linken in den Bundestag einziehen. Die Agrarexpertin macht sich in ihrem ländlich geprägten Wahlkreis

Prignitz, Ruppiner Land und Havel-land in Brandenburg Hoffnung auf ein Direktmandat. Ihre Zukunft sieht die promovierte Tierärztin vor allem in der Agrarpolitik. sta